

3252/J XXI.GP

Eingelangt am: 19.12.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Krauter
und Genossinnen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Maßnahmen zur Schließung öffentlicher Einrichtungen (Bezirksgerichte)

Die Österreichische Bundesregierung verfolgt unter dem Diktat des Nulldefizits eine **Politik der Ausdünnung bzw. der Gefährdung der öffentlichen Leistungen im ländlichen Raum.**

Durch diese Politik der Regierungsparteien werden Kosten auf die Gemeinden und die Länder abgewälzt, ohne sich um deren zukünftige Finanzierung Gedanken zu machen. Unter einem werden bedeutsame Leistungen für die Bürgerinnen ohne Rücksicht auf Qualität und Auswirkungen auf die Preisgestaltung privatisiert. Gleichzeitig werden damit aber jene **Einrichtungen zerstört, die einen wesentlichen Teil der Lebensqualität der Menschen bilden.**

Betroffen sind davon 56 % der österreichischen Bevölkerung, die in Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohner leben.

Es ist zu befürchten, dass mit der **Zerstörung der regionalen Infrastruktur ein Abbau der Wirtschaftsstandortqualität** und eine **Entsiedlung der ländlichen Gebiete** einhergeht.

Die Verwaltungsreform aus Sicht dieser blau-schwarzen Bundesregierung erfolgt offenbar **prioritär unter der Zielsetzung, Einsparungspotentiale zur Erreichung des Null-Defizits zu finden.**

Da auch im Kompetenzbereich des BMJ entsprechende Eingriffe in vorhandene öffentliche Einrichtungen (Bezirksgerichte) geplant sind bzw. durchgeführt werden, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. Sie führen in Ihrem Vortrag an den Ministerrat vom 27. September 2001 aus, dass die Zusammenlegung der Bezirksgerichte nach dem Modell, ein BH-Sprengel möge einem BG-Sprengel entsprechen, von Ihnen nach wie vor prioritär verfolgt werde, aber von den Landeshauptleuten, insbesondere bei größeren BH-Sprengeln, faktisch abgelehnt werde. Von welchen Landeshauptleuten wird Ihr Projekt betreffend eine neue Gerichtsorganisation abgelehnt und um welche BH-Sprengeln handelt es sich?
2. Inwieweit wurden von Ihrer Seite mit den Landeshauptleuten Verhandlungen über die Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten geführt und welche Konsequenzen zogen diese Verhandlungen nach sich, geordnet nach Verhandlungspartnern?
3. Welche Bezirksgerichte, geordnet nach Bundesländern, sind von der neuen Gerichtsorganisation betroffen?
4. Welche der unter 3. genannten Bezirksgerichte wurden bereits geschlossen bzw. zusammengelegt?
5. Wieviele Petitionen von besorgten Bürgerinnen bzw. Gemeindevertretern sind bei Ihnen eingelangt und in welcher Form wurden diese Anliegen von Ihnen behandelt, geordnet nach Petitionen?
6. In welcher Höhe rechnen Sie mit Personaleinsparungen durch die neue Gerichtsorganisation?
7. Können Sie ausschließen, dass die Personalreduktion auch durch vorzeitige Auflösung bestehender Dienstverhältnisse herbeigeführt wird?
8. Inwieweit sind die Maßnahmen der Mitglieder der Bundesregierung (von der Einstellung von Nebenbahnen über die Schließung von Gendarmerieposten und Bezirksgerichten sowie über die Einstellung der Postdienste bis hin zum Investitionsstopp in den Gemeinden durch die öffentliche Hand und in Folge durch Private) untereinander koordiniert und wurden Erhebungen über die Auswirkungen dieser infrastrukturellen Veränderungen auf die Lebens- und Wirtschaftssituation im ländlichen Raum angestellt und wenn ja, in welcher Form?